



Berlin, 29. März 2022

Fünf Kernforderungen zur Entlastung privater Haushalte von stark steigenden Energiekosten

Die Energienachfrage hat die Preise bereits vor dem Krieg in der Ukraine nach oben getrieben. Nun bedroht Putins Krieg auch noch die Versorgungssicherheit bei Erdgas und Erdöl. Die Energiepreise gehen in diesen Tagen durch die Decke. Unsere Kolleg*innen spüren das an der Zapfsäule. Darüber hinaus sind massive Belastungen auch bei den Heiz- und Stromkosten abzusehen. Die Jahresendabrechnungen für Gas und Strom können für viele Kolleg*innen zu einer bösen Überraschung werden. Ein Importstopp für russisches Gas würde die Lage zusätzlich massiv verschärfen.

Unternehmen können versuchen, die steigenden Kosten an den Kunden weiterzureichen. Private Haushalte haben diese Alternative nicht. Auf ihnen liegt die volle Last der teilweise spekulativ aufgeblähten Energiepreise. Besonders betroffen sind die unteren und mittleren Haushaltseinkommen.

Die Bundesregierung hat vergangene Woche mit einem zweiten Entlastungspaket reagiert, um für kurzfristige Entlastungen zu sorgen. Klar ist aber: Die bisherigen Pläne der Ampel-Koalition gehen zwar teilweise in die richtige Richtung – sie reichen aber nicht aus, um die Belastungen für unsere Kolleginnen und Kollegen spürbar zu verringern und Kaufkraftverluste auszugleichen. Die massiven Teuerungen erhöhen in weiten Teilen der Belegschaften außerdem die Erwartungshaltung an uns, die entstehenden Lücken über unsere Tarifpolitik zu schließen. Diese Lücken werden wir aber nicht nur über unsere Tarifrunden ausgleichen können.

Gemeinsam fordern Betriebsrät*innen, Vertrauensleute, Jugend- und Auszubildendenvertreter*innen und Schwerbehindertenvertreter*innen in der IG Metall als Interessenvertreter*innen der Belegschaften die Bundesregierung daher auf:



...weitere kurzfristig wirkende steuerliche Entlastungen auf den Weg zu bringen. Die einmalige Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro reicht nicht aus. Weiterhin sollten die Stromsteuer und die Mehrwertsteuer auf Strom und Gas befristet gesenkt werden.

- ▶ Die Preissprünge beim Gas sind derzeit Haupttreiber der Inflation. Eine Mehrwertsteuersenkung beim Gas ist deshalb der stärkste Hebel, um die allgemeine Preisentwicklung für die Verbraucher*innen zu bremsen.
- ▶ Die steigenden Gaspreise führen zu steigenden Einnahmen des Staates bei der Mehrwertsteuer. Der Staat sollte diese Mehreinnahmen zurückgeben.
- ▶ Die Strompreise in Deutschland sind ohnehin vergleichsweise hoch. Eine zeitweise Absenkung der Mehrwertsteuer und der Stromsteuer entlastet Verbraucher*innen und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie.

...die für eine Dauer von drei Monaten vorgesehene Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe entlastet Pendler*innen, die aufs Auto angewiesen sind – vorausgesetzt, der Rabatt wird an der Zapfsäule weitergegeben. Mittelfristig fordern wir die Einführung eines Mobilitätsgelds, damit eine sozial ausgewogene Entlastung von Pendler*innen sichergestellt wird.

- ▶ Ein Mobilitätsgeld entlastet Pendler*innen unabhängig vom Einkommen gleichermaßen – es ist damit deutlich gerechter als die Pendlerpauschale, die Topverdiener bevorteilt.
- ▶ Vom Mobilitätsgeld profitieren auch Menschen mit sehr geringen Einkommen. Wer zu wenig verdient, um Einkommensteuer zu zahlen, erhält eine direkte Auszahlung.
- ▶ Das von uns geforderte Mobilitätsgeld hätte ein Gesamtvolumen, das einer Anhebung der Pendlerpauschale auf 40 Cent je Kilometer entsprechen würde – es entlastet deshalb auch insgesamt stärker!



...die Preise für Gas zu deckeln! Sinnvoll wäre etwa ein Preisdeckel bis zu einem Normalverbrauch eines Haushalts von 8.000 Kilowattstunden Gas. Das würde vor allem der enormen Spekulationsblase die Luft nehmen.

- ▶ Der Gaspreis stieg schon vor dem Krieg stark. Die letzten Preissprünge werden erst mit der Zeit bei den Verbraucher*innen zu Buche schlagen. Die bisherigen Maßnahmen gleichen die Mehrkosten aber bei weitem nicht aus.
- ▶ Die Lieferbedingungen beim Gas sind zu einem politischen Druckmittel für Putin geworden. Weitere Preisanstiege drohen. Der Gaspreisdeckel würde privaten Haushalten Planungssicherheit geben.
- ▶ Ein Preisdeckel für den Normalverbrauch ist auch klimapolitisch vertretbar und gerecht – wer mehr Gas verbraucht, zahlt die höheren Preise.

...vor allem Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen zu unterstützen, z.B. durch eine Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags auf 12.800 Euro.

- ▶ Der Grundfreibetrag soll das Existenzminimum steuerfrei stellen – doch die Bundesregierung rechnet den Freibetrag regelmäßig klein, um Geld zu sparen. Das gilt auch für die jüngste Anhebung.
- ▶ Von einer Anhebung des Grundfreibetrags profitieren alle Erwerbstätigen, Bezieher*innen geringer Einkommen aber am stärksten.

...wirkungsvolle Maßnahmen gegen profitgetriebene Spekulationen und Preistreiberei bei Energie, Rohstoffen und Lebensmitteln auf den Weg zu bringen.

- ▶ Auch als der Rohölpreis zuletzt wieder zeitweise fiel, verharrten die Spritpreise auf hohem Niveau. Offensichtlich schlagen manche Konzerne aus der gegenwärtigen Lage Profit und drehen an der Preis- oder besser: Gewinnschraube.
- ▶ Die Rohstoffpreise sind unlängst ebenfalls drastisch gestiegen. Nickel etwa zeitweise um 400 %. Das lässt sich weder durch die Nachfrage, noch durch Unsicherheiten durch den Krieg in der Ukraine erklären – sondern allein durch Spekulationen im Handel, die Engpässe verschärfen. Das muss reguliert werden.
- ▶ Im Strommarkt gilt das Merrit-Order-Prinzip: Das Kraftwerk mit den höchsten Kosten bestimmt den Preis. Das liegt am Strommarktdesign. Hier ist eine Überarbeitung dringend erforderlich. Ähnliches gilt für Mineralölkonzerne, die trotz sinkender Rohölpreise keine Preissenkungen vornehmen.